



Für Demokratie – gegen Nazis

Sachsen braucht Weltoffenheit
und Toleranz!

Verfassung
des

Freistaates Sachsen

Artikel 3

(1) Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen sowie durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(2) Die Gesetzgebung steht dem Landtag oder unmittelbar dem Volk zu. Die vollziehende Gewalt liegt in der Hand von Staatsregierung und Verwaltung. Die Rechtsprechung wird durch unabhängige Richter ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Artikel 14

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ist Quelle aller Grundrechte.

Liebe Leserin, lieber Leser,

man muss es deutlich sagen: Sachsen hat ein Problem mit dem Rechtsextremismus. Auch wenn manche es gerne verdrängen würden, sprechen wir es deutlich aus. Rassistisch motivierte Gewalt gehört zum Alltag im Freistaat. Neonazistisch orientierte Kameradschaften und so genannte „Autonome Nationalisten“ sind in manchen Teilen Sachsens sehr präsent. Die rechtsextreme NPD scheint sich als politische Kraft nach dem Erfolg bei den Kreistagswahlen mit sachsenweit 5,1% etabliert zu haben. Viele sehen in ihr mittlerweile eine „normale“ Partei.

Wir akzeptieren diese Entwicklung nicht. Wir treten der Ideologie der Neonazis entgegen, weil sie menschenverachtend ist. Die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen verletzen die Menschenwürde. Sie schaden unserer Heimat, denn Sachsen braucht Weltoffenheit und Toleranz, wenn es seine Chancen in der globalisierten Welt nutzen will.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Demokratiefeindlichkeit ist Teil unseres parlamentarischen Alltags. Viel wichtiger ist aber, dass der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und populistischer Autoritätshörigkeit von vielen Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Dazu wollen wir Sie gerne ermutigen

Antje Hermenau

(Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag)

Johannes Lichdi

(Innenpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächs. Landtag)

Demokratie und Menschenrechte – Grundlage unseres Zusammenlebens

Das Grundgesetz und die Sächsische Verfassung bestimmen die allgemeinen Menschen- und Grundrechte sowie die Verfahren der parlamentarischen Demokratie als Grundlagen unseres Zusammenlebens. Die Ordnung des Grundgesetzes ist nicht ein beliebiges Papier, sondern eine verbindliche Werteordnung, die allerdings auf die Zustimmung und Ausfüllung durch die Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Demokratie ermöglicht durch freie, gleiche und geheime Wahlen, dass wir uns die Regierung wählen, die wir für die beste halten. Demokratie ermöglicht auch die Abwahl einer Regierung, die nach unserer Ansicht versagt hat. Demokratie bedeutet die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger in ihre eigenen Angelegenheiten.

Demokratie und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Die Würde jedes Menschen zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung der staatlichen Gewalt und der Gesellschaft. So bestimmen es das Grundgesetz und die Sächsische Verfassung nach den barbarischen Erfahrungen der Vergangenheit. Demokratie und Menschenrechte sind die Grundlagen unseres Gemeinwesens. Ohne sie würde die Willkür des Staates gegenüber den Einzelnen keine Grenzen kennen. Das hat uns die Geschichte gelehrt.

Unsere Demokratie behauptet nicht, **die** ideale Staatsform zu sein. Auch unsere Form der parlamentarischen Demokratie hat Mängel. Aber gibt es deshalb eine bessere Verfassung der Gesellschaft als die demokratische? Wir sind überzeugt, dass das nicht der Fall ist.

Die NPD als Krisensymptom der Demokratie

Leider sind die Wertschätzung der Demokratie und der Respekt gegenüber den Menschenrechten in Teilen der Gesellschaft ungenügend verwurzelt. Manche glauben, ein autoritäres System oder ein „starker Mann“ könnten Probleme wie politische Korruption, Kriminalität, Massenarbeitslosigkeit oder sozialen Abstieg leichter verhindern.

In dieser Atmosphäre kann eine antidemokratische Partei wie die NPD Stimmen gewinnen. Die Wahlerfolge der NPD bei den Landtagswahlen 2004 oder den Kreistagswahlen 2008 sind keinesfalls auf die gute Arbeit oder die politischen Vorschläge dieser Feinde der Demokratie zurückzuführen, sondern auf eine diffuse Enttäuschung bis ausdrückliche Ablehnung der neuen Demokratie in Sachsen seit der friedlichen Revolution 1989/1990.

Die Nazis behaupten, dass unser politisches System nicht funktioniere. Sie sprechen von Korruption und dass sich „die Politiker“ die Taschen vollstopfen würden. Leider kommt dies immer wieder vor. Und tatsächlich gibt es in Sachsen erhebliche Missstände – Stichwort: Pleite der Sachsenbank.

Doch gerade in der Demokratie werden Korruption und Vetternwirtschaft aufgedeckt und bestraft, während in Diktaturen die korrupte Klasse ungestraft in die eigenen Taschen wirtschaften kann. Nur Ideologen behaupten, dass es den „Stein der Weisen“ gebe, mit dessen Hilfe wir alle Probleme lösen könnten. Unsere Geschichte hat gezeigt, dass Ideologien keine Probleme lösen, sondern diese vervielfachen und die Gesellschaft wie die Nazis in Krieg und Vernichtung oder wie die SED in Unfreiheit und wirtschaftliche Erfolglosigkeit führen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns auf die Grund- und Menschenrechte und die Verfahrensregeln der Demokratie einigen, um in diesem Rahmen gemeinsam um die besten Lösungen für die Probleme zu ringen.

Demokratie garantiert nicht die optimale Lösung aller Probleme, weil Menschen eben Fehler machen. Aber nur in der Demokratie ist gewährleistet, dass die beste Lösung im öffentlichen Streit der Meinungen gefunden werden kann. Nur hier können alle Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung einbringen, nur hier zählt jede Stimme und nur hier werden die Rechte der Minderheit geschützt. Wenn wir dies in Kopf und Herz behalten, haben Nazis keine Chance. Denn die Unsicherheit der Demokratinnen und Demokraten über unsere eigenen Wertgrundlagen ist die Stärke der Rechtsextremisten.

Wenn Menschen „Nein“ zur Demokratie sagen, lautet unsere Antwort: Mehr Demokratie! Wir wollen die Transparenz politischer Entscheidungen und mehr Informationen für Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung.¹ Demokratie muss im Alltag erfahrbar sein, um die Wertschätzung aller zu gewinnen. Willkürliche und selbstherrliche Entscheidungen der Politik hingegen schwächen die Demokratie und bereiten den Antidemokraten den Boden.

Nazis sind Feinde von Demokratie und Menschenwürde

Die NPD behauptet oft, die „etablierten Parteien“ würden sie verfolgen, weil sie den Mut hätten, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Das ist eine Lüge. Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag genießt alle parlamentarischen Rechte wie andere Fraktionen auch. Sie nutzt diese aber nicht zur Mitarbeit, sondern zu Propaganda und Hetze. Auch im Sächsischen Landtag macht die NPD unsere Demokratie verächtlich.² Die NPD ist zwar nach demokratischen Regeln in den Landtag gewählt worden, dies macht sie aber noch lange nicht zu einer demokratischen Partei.

¹ Sächsischer Landtag, Drucksachen Nr. 4/6608; 4/8232; 4/10924. Landtagsdokumente können im Internet gefunden werden: http://www.landtag.sachsen.de/slt_online/de/infothek/index.asp?page=dokumente/index.aspx (Dokumentationssystem des Sächsischen Landtags). Grüne Initiativen können im Internet recherchiert werden unter www.gruene-fraktion-sachsen.de/service/parl-initiativen.html.

² Z.B. sagte der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel am 26.1.2006 im Sächsischen Landtag: „Auf diesen bundesdeutschen Stasi-Staat, der keine Demokratie sondern deren Karikatur ist, spucke ich.“

Die NPD lehnt die die Grundlagen unserer Demokratie ab. Deshalb können Demokratinnen und Demokraten nicht mit ihr zusammenarbeiten. In unserer Verfassung heißt es ausdrücklich, dass die „Würde des Menschen unantastbar“ ist, dass sie zu achten und zu schützen ist – also nicht nur die Würde „des Deutschen“. Die Menschenrechte gelten für **alle** Menschen. Die NPD lehnt die allgemeine Geltung der Menschenrechte aber ausdrücklich ab und macht sich über sie lustig!³

Die NPD behauptet, dass das „Volkstum“ Grundlage der Menschenwürde sei.⁴ In ihrem Grundsatzprogramm schreibt die NPD, dass die „Volksgemeinschaft“ (ein Begriff, den schon die NSDAP verwendete) die Basis der „Volks Herrschaft“ sei. Sie distanziert sich damit von unserer Demokratie, die auf den Grundrechten aller Menschen beruht und nicht auf Abstammung, Hautfarbe oder „Rasse“.

Menschenwürde wurzelt nach dem rassistischen Konzept der NPD nicht in der Eigenschaft als Mensch, sondern in der Zugehörigkeit des Menschen zu einer bestimmten Abstammungsgemeinschaft. Wer nicht dazu gehört, der hat nach diesem Konzept auch keine Würde und keinen Anspruch auf Achtung.

Dies ist der ideologische Ansatz für die ungeheuerliche Unterscheidung der Nazis des Dritten Reichs zwischen „Herrenmenschen“ und „Untermenschen“. Die rassistische Abstammungs ideologie sieht den Einzelnen nicht als Individuum mit eigenen, unveräußerlichen Rechten, sondern nur als Teil der „Gemeinschaft“ - mit der Folge, dass seine unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte im angeblichen Interesse der rassistischen „Volksgemeinschaft“ geopfert werden dürfen.

³ Beispiel: Grundsatzpapier der NPD-Fraktion, *Die „Dresdner Schule“ – Anspruch – Inhalt – Strukturen*, verfasst von Karl Richter (NPD-Fraktionsmitarbeiter).

⁴ NPD-Parteiprogramm von 1996.

Verbot der NPD?

„Warum dann nicht die NPD verbieten?“ - werden viele besorgte Bürgerinnen und Bürger fragen. Wir haben keinen Zweifel, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und nicht zögern würde, Demokratie und Menschenrechte abzuschaffen, wenn sie die Macht dazu hätte. Trotzdem lehnen wir derzeit ein neues Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ab.

Der letzte Verbotsversuch ist 2003 gescheitert, weil die Verfassungsschutzämter nicht bereit waren, die Identität ihrer Spitzel in den Vorständen der NPD offen zu legen. Das Bundesverfassungsgericht war zu Recht aber nicht bereit, eine Partei wegen Aussagen von Personen zu verbieten, von denen nicht klar ist, ob sie diese Aussagen im Auftrag des Verfassungsschutzes getätigt haben. Andernfalls könnte der Staat gegen jede politische Gruppe Verbotsgünde herstellen, wenn es ihm passt. Dies wäre nur in einem System möglich, das seine demokratischen Werte verloren hat.

Ein Parteiverbot wäre nur gerechtfertigt, wenn sich die Partei nicht nur mit Worten, sondern „aggressiv kämpferisch“ mit Taten gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Demokratie wendet, also etwa selbst Waffen sammelt und ihre Mitglieder auf einen bewaffneten Umsturz vorbereitet. Trotz aller Kontakte und Personalüberschneidungen der NPD mit militanten Kameradschaften kann davon derzeit bei der NPD nicht die Rede sein.

Zudem würden die Einstellungen, die die NPD verkörpert, nicht verschwinden, sondern weiter im Untergrund schweben. Sie würden sich über kurz oder lang eine neue organisatorische Form suchen. So ist die NPD selbst eine Nachfolgeorganisation einer verbotenen Nazi-Partei der 50er Jahre. Und ihre heutige Stärke beruht auch auf dem Verbot zahlreicher Nazi-Kleinstparteien in den frühen 90er Jahren.

Verbote von Organisationen werden uns in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten nicht helfen. Denn rechtsextremistische Einstellungen sind kein „Randphänomen“, sondern immer noch in der „Mitte der Gesellschaft“ vorhanden oder dort schon längst angekommen!⁵

Falsche soziale Versprechungen

Viele Menschen sind mit unserer Demokratie unzufrieden. Die Rechtsextremisten nutzen den Umstand, dass etwa die Globalisierung Druck auf die Löhne ausübt und Betriebsauslagerungen begünstigt. Sie nutzen die Verunsicherung vieler Menschen aus und verstärken sie, um sie mit simplen Scheinlösungen zu ködern.

So verspricht die NPD etwa, dass sie für alle „Deutschen“ (nach ihrer Definition) soziale Sicherheit herstellen könnte, wenn in Deutschland nur noch „Deutsche“ leben würden. Ihre gutklingenden sozialpolitischen Forderungen sind nicht nur unbezahlbar, sondern haben auch einen klaren fremdenfeindlichen Kern.⁶ Die NPD missbraucht bewusst soziale Probleme, um die Menschen für eine nationalistische Abgrenzungspolitik zu gewinnen. Sie will die Bundesrepublik aus ihren internationalen Bindungen an die EU, den Euro und die Vereinten Nationen lösen: „Deutschland den Deutschen“ lautet die einfache wie einfältige Parole.

In der Folge bedeutete diese „Lösung“ wirtschaftlichen Niedergang und Krieg. Denn es sind die Integration in die Europäische Union und der Euro, die dem „Exportweltmeister“ Deutschland, die Absatzmärkte für seine Produkte garantieren. Auch in Sachsen wächst der Anteil der Exportwirtschaft ständig. Und es ist die internationale politische und wirtschaftliche

⁵ Vgl. Oliver Decker / Frank Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

⁶ Nähere Dokumentation in: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag (Hg.), Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie. Dokumentation eines Fachgesprächs am 24. Mai 2006. - (Download: http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Reader/NPD-Brosch_re.pdf).

Einbindung unseres Landes, die uns seit mehr als 60 Jahren den Frieden garantiert.

Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer

Eine weit verbreitete Einstellung, auf der die Nazis aufbauen können, ist die Ausländerfeindlichkeit. Sie ist die bekannteste Form der für Nazis prägenden Menschenfeindlichkeit. Viele meinen, dass es „zu viele Ausländer“ in Sachsen gebe. Fakt ist, dass Sachsen mit 2,8% zu den Bundesländern mit dem geringsten Ausländeranteil gehört (Bundesdurchschnitt 8,8%). Wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Hessen haben Ausländeranteile von jeweils über 10%. Trotzdem ist die Ausländerfeindlichkeit in diesen Ländern weniger stark ausgeprägt, und es sitzen keine rechtsextremistischen Parteien in den Landtagen dieser Länder.

Offenbar wachsen dort Vorurteile und rassistische Einstellungen, wo es kaum persönliche Erfahrungen mit Menschen aus anderen Ländern gibt. Zu DDR-Zeiten gab es oft kein echtes Zusammenleben mit Ausländern; nach der Wende hat sich daran vielerorts nichts geändert. Umfragen bestätigen regelmäßig, dass die Fremdenfeindlichkeit in Sachsen überdurchschnittlich ausgeprägt ist.

Rechtsextremisten nutzen dies aus: Ausländer werden zu Sündenböcken für wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten gemacht, obwohl das völlig unlogisch ist: Wie können z. B. so wenige Ausländer für die hohen Arbeitslosenzahlen verantwortlich sein? Diese Ideologie funktioniert nur, weil es zu wenig echte Nachbarschaft und Austausch mit Menschen anderer Herkunft gibt.

Rechtsextremismus kann die Demokratie nicht gefährden, aber schadet Sachsen

Die Rechtsextremisten werden unsere Demokratie nicht beseitigen können. Dazu ist ihre Ideologie zu dumm und die Mehrheit der Demokratinnen und Demokraten zu stabil. Aber sie richten trotzdem mit ihren Gewalttaten und der Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas erheblichen Schaden an.

Gewalttätige Übergriffe

Es ist nicht hinnehmbar und eine Schande für uns alle, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexuellen Orientierung oder ihrer Meinung von Rechtsextremisten angegriffen und misshandelt werden. 2007 registrierten die Opferberatungsstellen 306 rechtsextremistisch oder fremdenfeindlich motivierte Übergriffe in Sachsen – 98 mehr als im Jahr zuvor! Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Doch schon lange vor tätlichen Übergriffen kommt es zu Missachtungen und Beleidigungen, die Menschen, die die Mehrheit nicht als „normal“ behandelt, ausgrenzen und entmutigen. Sie bereiten letztlich den Boden, auf dem sich Gewalttäter als „Vollstrecker des Volkswillens“ fühlen können. Immer wieder kommt es in manchen Regionen Sachsens zu über Monate andauernden Übergriffen wie etwa in Colditz, ohne dass die Polizei dies verhindern könnte. Kürzlich wurden die Schläger des „Sturm 34“, allesamt mit NPD-Kontakten, wegen zahlreicher Gewalttaten im Raum Mittweida verurteilt. Besonders spektakuläre Fälle wie die rassistische Hetzjagd in Mügeln im Sommer 2007 bringen Sachsen auch international negativ in die Schlagzeilen. Die beschönigenden Aussagen des Mügelnener Bürgermeisters oder des ehemaligen Ministerpräsidenten Milbradt machen die Sache noch schlimmer und verhöhnend die Opfer.⁷ Auch das ist eine Schande und schadet unserem Land!

⁷ Der damalige Ministerpräsident Milbradt erklärte am 15. September 2007 auf dem Parteitag der sächsischen CDU unter dem Beifall der Delegierten: „Es gab keine Hetzjagd in Mügeln, sondern auf Mügeln“. Es ist nicht bekannt, dass sich Milbradt nach der strafrechtlichen Verurteilung der Täter für seine ungeheuerliche Aussage entschuldigt hätte.

Wirtschaftlicher Schaden

Sachsen ist ein Land, das auf den Tourismus sowie auf Forschung und Wissenschaft angewiesen ist. Wir brauchen ausländische Touristen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende an unseren Hochschulen sowie hochqualifizierte und kreative Fachkräfte in sächsischen Unternehmen. Wir brauchen ausländische Investoren und Unternehmer, die in Sachsen neue Arbeitsplätze schaffen.

Diese Menschen werden wir nicht gewinnen können, solange Sachsen den Ruf hat, dass Ausländer hier nicht sicher leben können. Und leider hat Sachsen diesen Ruf nicht ganz zu Unrecht. Wir können als einfache Bürgerinnen und Bürger nicht jede Gewalttat verhindern – das ist auch Aufgabe der Polizei. Aber wir können unseren Beitrag leisten, indem wir diese Menschen willkommen heißen und ihnen unser Mitgefühl und unsere Solidarität zeigen.

Rechtsextremistische Strukturen aufdecken!

Der sächsische Verfassungsschutz geht offiziell davon aus, dass es ca. 3.000 Rechtsextremisten in Sachsen gibt – die Dunkelziffer könnte durchaus höher sein. Die NPD hat in Sachsen immer noch ihren stärksten Landesverband, obwohl die Zahl ihrer Mitglieder mittlerweile auf unter 1.000 gefallen ist. Besorgniserregend sind die über 1.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten in sogenannten „Kameradschaften“.

Abgeordnete der Fraktion GRÜNE versuchen mittels Kleiner Anfragen im Landtag zur Aufdeckung der Hintergründe rechter Gewalttaten und rechtsextremistischer Strukturen beizutragen.⁸ Beispielsweise haben wir auf diesem Weg auf die sogenannten Ferienlager der neonazistischen

„Heimattreuen Deutschen Jugend“ in Sachsen aufmerksam machen können. Dabei handelt es sich um eine Organisation, die Kinder im Sinne rechtsextremistischer Ideologie „erzieht“⁹.

Viele Kleine Anfragen beziehen sich auf die „Freien Kräfte“, gewaltbereite Nazi-Kameradschaften oder konkrete Vorkommnisse. Damit soll der öffentliche Druck auf eine konsequente Strafverfolgung erhöht werden. Die Aufdeckung rechtsextremistischer Strukturen und Aktivitäten ist der erste Schritt, um die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und zur Gegengewehr anzuregen. Darum wollen wir uns auch in Zukunft intensiv bemühen.

Demokratie gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Einstellungen in der Gesellschaft verschwinden nicht von heute auf morgen. Dazu bedarf es geduldiger Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit und hartnäckigen Engagements für Toleranz und Demokratie.

Was können Politikerinnen und Politiker tun?

Zunächst geht es darum, dass die demokratischen Politikerinnen und Politiker die Werte der Demokratie vorleben und verteidigen. Diejenigen, die politische Verantwortung tragen, müssen jederzeit klar und deutlich gegen fremdenfeindliche und antidemokratische Positionen Stellung beziehen. Dazu gehört auch die offene Teilnahme und Unterstützung von Demonstrationen gegen Rechtsextremisten. Man kann von den Bürgerinnen und Bürgern nicht verlangen, sich zu engagieren, wenn die Politik nicht bereit ist, die Probleme ehrlich beim Namen zu nennen. Wir wollen, dass Polizei, Staatsanwälte und Gerichte rechtsextremistische Gewalttäter konsequent verfolgen und bestrafen. Das ist uns wichtiger als ein überdimensioniertes Landesamt für Verfassungsschutz.

⁸ Diese Kleinen Anfragen sind sehr zahlreich. Anfragen zu bestimmten Themen und Regionen können online im Dokumentationssystem des Landtages recherchiert werden (siehe Anm. 1).

⁹ Siehe Landtagsdrucksachen 4/9591, 4/11693, 4/12262 und 4/12263.

Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien sollen je nach ihrer politischen Überzeugung die Demokratie durch gute Ergebnisse für die Menschen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dazu zahlreiche Vorschläge als Gesetz oder Antrag in den Landtag eingebracht.¹⁰

Bundesprogramme und Programm „Weltoffenes Sachsen“

Engagement für Demokratie und Menschenrechte muss gefördert werden. Bürgerinnen und Bürger brauchen Beratung, wie sie sich gegen die rechtsextremistische Gefahr wehren können. Wir brauchen Projekte vor Ort, die kontinuierlich für Demokratie und Toleranz arbeiten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, kommunale Amts- und Mandatsträger, Lehrerinnen und Lehrer sollen auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vorbereitet werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2000 die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus aufgenommen. 2004 hat der Freistaat Sachsen endlich das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ aufgelegt, das wir seit langem gefordert haben. Wir begrüßen dies und setzen uns für eine sachgemäße Verwendung der finanziellen Mittel dieser Programme ein.¹¹

Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich nach 2005 leider von dem Ansatz des unter Rot-Grün eingerichteten Förderprogramms CIVITAS

abgewandt: Nachdem früher bewährte zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte kontinuierlich gefördert wurden, wird der Schwerpunkt jetzt auf kurzfristige „Kriseninterventionen“ gelegt. Außerdem werden Initiativen nur noch gefördert, wenn die betreffende Kommune dies befürwortet. Aber was geschieht, wenn die politisch maßgeblichen Akteure in einer Gemeinde die Augen vor rechtsextremistischen Aktivitäten verschließen?

So wird die bisherige Arbeit wichtiger Projekte gefährdet. Deshalb haben wir uns bei den letzten Haushaltsverhandlungen im Sächsischen Landtag dafür eingesetzt, dass das sächsische Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ pro Jahr mit 500.000 Euro mehr ausgestattet wird, um die Defizite des Bundesprogramms auszugleichen.¹² Auch in Zukunft werden wir uns für eine angemessene Ausstattung des Landesprogramms einsetzen, denn Investitionen in Demokratie und Weltoffenheit sind gut angelegtes Geld für Sachsens Zukunft!

Antidiskriminierung und Integration

Entscheidend ist eine Verbesserung der Integration hier lebender Ausländer. Nur so werden Vorurteile abgebaut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag setzen sich deshalb für mehr Rechtssicherheit für Flüchtlinge, für die politische Teilhabe ausländischer Menschen und für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.¹³ Wir wollen die Landesmittel für die Integration von Zuwanderern deutlich erhöhen.¹⁴ Auch das bundesweit anerkannte Antidiskriminierungsbüro Leipzig sollte vom Freistaat unterstützt werden.¹⁵ In unserem Entwurf zu einem Sächsischen Hochschulgesetz sehen wir bewusst eine bessere Berücksichtigung der

¹⁰ Siehe Landtagsdrucksachen Nr. 4/6608 (Gesetzentwurf zur Erleichterung kommunaler Bürgerentscheide), 4/8210 (Antikorruptionsgesetz), 4/8232 (Gesetzentwurf zur Ausweitung der Wahlrechte und Stärkung der Kreis- und Gemeinderäte), 4/10924 (Gesetzentwurf zur Stärkung der Ortschaftsverfassung), 4/11149 (Seniorenmitwirkung stärken!), 4/12533 (Gesetz zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen); in der Auseinandersetzung um die Verwaltungsreform haben wir uns nachdrücklich für die Stärkung der Bürgerbeteiligung und Selbstbestimmung der Gemeinden eingesetzt – siehe Landtagsdrucksache 4/3536 (Antrag: Leitbild) und mehrere grüne Änderungsanträge zur Verwaltungs- und Kreisreform!

¹¹ Siehe Landtagsdrucksachen 4/3204 u. 4/4631.

¹² Siehe Landtagsdrucksache 4/7220.

¹³ Siehe Landtagsdrucksachen 4/6593 und 4/7149 (Bleiberecht), 4/10318 (kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen), 4/9888 (interkulturelle Öffnung der Verwaltung).

¹⁴ Siehe Landtagsdrucksache 4/7313.

¹⁵ Siehe Landtagsdrucksache 4/7221.

Belange von Studierenden mit Migrationshintergrund vor, um die dringend nötige Internationalisierung der Hochschulen voranzutreiben.¹⁶ Wir wollen, dass unsere Gesellschaft – und auch unsere Wirtschaft – durch das Können und die Kultur von Zuwanderern bereichert werden!

Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus

Die Landespolitik kann lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen. So werden Möglichkeiten für den Opferschutz geschaffen, aber auch Angebote an Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rassismus und Intoleranz engagieren wollen. ***Demokratie braucht bürgerschaftliches Engagement. Nicht nur die Politik ist gefragt, sondern auch Sie als Bürgerin oder Bürger dieses Landes!***

Die Möglichkeiten sind vielfältig: ob im Verein oder in der Kirchgemeinde, in einer Partei oder in einer Gewerkschaft, in der Nachbarschaft, im Bekanntenkreis oder in einer der vielen lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus. Sachsen braucht Zivilcourage. Und diejenigen, die Zivilcourage beweisen, brauchen die Solidarität ihrer Mitmenschen und der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

Zivilcourage bedeutet nicht, dass man Heldentaten vollbringen soll, aber wir alle können widersprechen,

- wenn fremdenfeindliche Bemerkungen oder Witze gemacht werden
- die Polizei rufen, wenn Rechtsextremisten Gewalt verüben, und Anzeige gegen rechte Gewalttäter erstatten
- den Opfern rechter Gewalt unsere Solidarität zeigen
- uns für das friedliche Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten stark machen
- wählen gehen, damit die Demokratiefeinde nicht triumphieren
- uns für das Gemeinwesen engagieren – in Vereinen, in Parteien und Wählervereinigungen, in kulturellen Einrichtungen, in der Gemeinde, bei Diskussionen usw. – damit den Rechtsextremisten nicht das Feld überlassen wird.

Ein weltoffenes und demokratisches Sachsen braucht etwas mehr Zivilcourage und etwas mehr Engagement.

NUR MUT!

¹⁶ Siehe Landtagsdrucksache 4/8057.

ZUM WEITERLESEN:

www.gruene-fraktion-sachsen.de/themen/rechtsextremismus.html

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag (Hg.),

Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie.

Dokumentation eines Fachgesprächs am 24. Mai 2006

(Download: www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Reader/NPD-Brosch_re.pdf)

DAKS e.V., „Tu was gegen rechts - Was Kommunalos wissen sollten“

(Broschüre), Bestellung unter www.daksev.de/html/html/tu_was.html

LINKS ZU WICHTIGEN INITIATIVEN UND EINRICHTUNGEN:

Wer selbst aktiv werden möchte, braucht Mitstreiterinnen und Mitstreiter. In Sachsen gibt es zahlreiche **überparteiliche** Initiativen gegen Rechtsextremismus.

Viele von ihnen sind im

Netzwerk Tolerantes Sachsen:

www.tolerantes-sachsen.de vernetzt.

[Siehe die Übersicht über die regionalen und überregionalen Initiativen auf www.tolerantes-sachsen.de/initiativen.php4]

Das Kulturbüro Sachsen:

www.kulturbuero-sachsen.de

unterstützt mit seinen Mobilen Beratungsteams zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort bei der Stärkung der demokratischen Kultur und bei der Eindämmung rechtsextremer Aktivitäten.

THEMENSEITEN VON ABGEORDNETEN DER GRÜNEN:**Johannes Lichdi, Landtagsabgeordneter**

www.johannes-lichdi.de/rechtsextremismus.html

Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete

www.monika-lazar.de/fileadmin/lazar_layout/themen_16_rechtsextr.htm

V.i.S.d.P.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Andreas Jähnel, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden; Auflage: 10.000 Stück, gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Stand: September 2008

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.gruene-fraktion-sachsen.de

